

Lausanne probt den Aufstand im Asylwesen

Stadtexekutive will Sans-Papiers als Lehrlinge zulassen

Der Lausanner Stadtrat will auch Junge ohne gültige Papiere als Lehrlinge anstellen. Der kantonale Justizdirektor Philippe Leuba stellt sich quer und droht mit Strafanzeigen.

Christophe Büchi, Lausanne

Zum besseren Verständnis vorweg dies: In der Lausanner Stadtregierung unter Führung von Syndic Daniel Brélaz belegt Rot-Grün nicht weniger als 6 von 7 Sitzen: Die SP hält 3, die Grünen halten 2 Mandate und die Partei der Arbeit (PdA) einen Sitz - der FDP bleibt in der Stadt von Georges-André Chevallaz und Jean-Pascal Delamuraz ein einziges Mandat, während die Liberalen, die CVP und die SVP leer ausgehen. Und: Eine Mehrheit der Stadträte hat einen sogenannten «Migrationshintergrund». Die SP-Stadträtin Silvia Zamora ist spanischer, ihr Parteikollege Oscar Tosato italienischer Herkunft. SP-Sozialdirektor Jean-Christophe Bourquin stammt von einem jurassischen Vater und einer italienischen Mutter ab, und FDP-Baudirektor Olivier Français ist ursprünglich Franzose. Der PdA-Polizeidirektor Marc Vuilleumier trägt einen jurassischen Namen. Nur Stadtpräsident Brélaz und sein grüner Kollege Jean-Yves Pidoux sind so etwas wie «AOC-Waadtländer», was einiges über die Integrationskraft der Waadtländer Gesellschaft aussagt.

Prinzip der Gleichbehandlung

Unter diesen Umständen ist es nicht erstaunlich, dass eine grosszügige und integrative Politik gegenüber den Migranten schon seit langem zu den Prioritäten der Lausanner Exekutive gehört. Und in diesem Bereich hat sie zweifelsfrei auch schon einiges geleistet. Ihre jüngste Initiative freilich könnte zum Rohrkrepiere werden.

Wie der städtische Bildungsdirektor Tosato vor einigen Tagen bekanntgab, will nämlich die Stadtregierung in Zukunft die Lehrstellen auch für Jugendliche, die sich ohne gültige Papiere in der Schweiz aufhalten, zugänglich machen.

Laut Tosato werden diese Sans-Papiers-Jugendlichen, die seit vielen Jahren in der Schweiz leben und zum Teil sogar hier geboren wurden, bereits zum Gymnasium zugelassen. Es gehe nicht an, Jugendliche, die eine Lehre machen wollten, gegenüber ihren studierenden Kollegen zu diskriminieren, argumentiert Tosato. Zudem müsse unbedingt etwas gemacht werden, um die Sans-Papiers nicht noch mehr ins gesellschaftliche Abseits zu drängen. Die jetzige Situation sei schizophoren, denn der Staat wisse um die Existenz der Sans-Papiers bestens Bescheid. Die Zahl dieser «Hintersassen» dürfte in der Agglomeration Lausanne bei 10 000 liegen, wovon die Hälfte aus Südamerika und besonders aus Ecuador kommt. In Lausanne wird ihre Zahl auf zwischen 4000 und

6000 geschätzt.

Kanton zeigt rote Karte

Das Vorhaben - es müsste allerdings noch vom Stadtparlament gutgeheissen werden, wobei Rot-Grün auch hier über eine komfortable Mehrheit verfügt - hat eine rasche und für Waadtländer Verhältnisse harsche Reaktion des Kantons hervorgerufen. Der liberale Vorsteher des kantonalen Département de l'intérieur, Philippe Leuba, gab bekannt, eine Anstellung von Sans-Papiers käme einem klaren Rechtsbruch gleich. Die Stadt riskiere eine Strafanzeige, wenn sie zur Tat schreite. Er sei schockiert, dass eine Stadtexekutive offen zum Rechtsbruch aufrufe, erklärte der Politiker, der bis vor kurzem auch landesweit als Fussballschiedsrichter bekannt war.

Diese scharfen Worte haben die Stadtregierung offenbar etwas erschreckt. In einem Interview mit der Tageszeitung «La Liberté» streitet Tosato nicht ab, dass das Vorhaben der Exekutive rechtswidrig sei; er beruft sich auf die internationale Konvention, die Kindern unter 18 Jahren ein Recht auf Ausbildung einräumt. Zudem habe er im Hinblick auf die für Anfang März geplante Nationalratsdebatte zur Migrationspolitik Druck aufbauen wollen. Auch Stadtpräsident Brélaz gibt seinem Kollegen Rückendeckung. Mit ihrem Entscheid wolle die Stadtregierung auf die Absurditäten («aberrations») des Bundesrechts aufmerksam machen, erklärt er.

«Ein Skandal»

In den bürgerlichen Parteien herrscht Entrüstung. Der Sekretär der FDP Waadt, Gilles Meystre, spricht von einem skandalösen Entscheid. Am Wochenende hat sich FDP-Stadtrat Français von Vancouver aus zu Wort gemeldet und mitgeteilt, es stimme nicht, was Brélaz behauptet habe, nämlich dass der Entscheid von der Exekutive einstimmig gefällt worden sei; er, Français, habe sich der Stimme enthalten.

SVP-Sekretär Claude-Alain Voiblet sieht im Tosato-Projekt eine grün-rote Provokation. Unüberhörbar ist aber auch, dass sich der aus dem Berner Jura stammende SVP-Stratege, der einen forschenden Wind in die gemächliche Waadtländer Parteisektion gebracht hat, auch freut über diese Steilvorlage. Er werde sich nicht genieren, die Migrationspolitik bei den Kommunalwahlen 2011 zum grossen Thema zu machen, kündigt er an. Der schlaue Fuchs hat natürlich gemerkt, dass Tosato vielleicht ungewollt eine Bresche geschlagen hat, durch die sich die rot-grüne Festung angreifen lässt.

Ein Bumerang?

Eigenartig ist, dass der frühere Sozialarbeiter Tosato seine Initiative offenbar auch nicht mit der kantonalen SP abgesprochen hat. Es herrscht deshalb der Eindruck vor, dass es sich bei seinem Projekt um einen einsamen und wenig reflektierten Entscheid handelt. Beobachter spekulieren, der SP-Stadtrat, der sich bereits als Nachfolger von Stadtpräsident Brélaz sehe, habe mit dieser Initiative die Linke links der SP hinter sich scharen wollen, um die Wahlen

2011 zu gewinnen. Im Augenblick sieht es allerdings eher so aus, als habe er einen Bumerang geworfen, der auf ihn zurückfallen könnte.